Stadt Oberhausen	**07.03.2013 15:00 Uhr**	**Umweltausschuss**
	Wahlzeit 2009/2014	**Niederschrift**

22. Sitzung des Umweltausschusses

Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen

Anwesende

Frau Nuran Ilhan
Frau Anne Janßen
Herr Werner Nakot
Herr Dirk Vöpel
Herr Arndt Barkowsky
Herr Karl-Heinz Emmerich
Herr Manfred Flore
Herr Jürgen Grefermann
Herr René Pascheberg
Herr Ulrich Real
Herr Horst Wolter
Herr Denis Osmann
Frau Georgis Schmidt
Herr Michael Helmrich
Frau Regine Winkels
Herr Norbert Axt
Herr Peter Plew
Herr Jürgen Dittmeyer
Herr Hermann Wischermann

Abwesende

Herr Frank Bandel

Verwaltung

Frau Beigeordnete Sabine Lauxen	Dezernat 4
Herr Helmut Czichy	Bereich 2-2
Frau Scholz Sabina	Bereich 2-2
Herr Sascha van den Akker	Bereich 2-2
Herr Markus Werntgen-Ormann	Bereich 2-2
Frau Anne Rolf	Bereich 2-2

Gäste

Frau Antje Janßen	LK-Argus Kassel GmbH
Herr Michael Volpert	LK-Argus Kassel GmbH
Herr Karsten Woidtke	WBO GmbH
Frau Maria Guthoff	WBO GmbH

Stadt Oberhausen	**07.03.2013 15:00 Uhr**	**Umweltausschuss**
	Wahlzeit 2009/2014	**Niederschrift**
22. Sitzung des Umweltausschusses **Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen**		

Tagesordnung:

I. ÖFFENTLICHER TEIL

1. Bestimmung des Ausschussmitgliedes für die Berichterstattung im Rat

2. Luftreinhalteplan Ruhrgebiet 2011
   Endbericht zur Umsetzung der Maßnahme OB.3 Potenzialanalyse Mülheimer Straße
   Vorlage: M/15/2644-01

3. Lärmaktionsplan Oberhausen
   Stand der Umsetzung
   Vorlage: M/15/2645-01

4. Klimaschutz in Oberhausen
   Zwischenbericht zur Umsetzung der Ratsbeschlüsse und zu den weiteren Arbeitsschritten
   Vorlage: M/15/2648-01

5. Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE GRÜNEN:
   Beauftragung der Verwaltung mit einer Berichterstattung zu möglichen Varianten der zukünftigen Sperrmüllabfuhr in Oberhausen
   Vorlage: A/15/2597-01

Stadt Oberhausen	**07.03.2013 15:00 Uhr**	**Umweltausschuss**
	Wahlzeit 2009/2014	**Niederschrift**
22. Sitzung des Umweltausschusses Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Die Vorsitzende, Anne Janßen, eröffnet um 15.00 Uhr die 22. Sitzung des Umweltausschusses und begrüßt die anwesenden Mitglieder, Vertreter/innen der Verwaltung, die Gäste und Medienvertreter/innen.

Die Einladungen zur Sitzung sind ebenso wie die Beratungsvorlagen form- und fristgerecht zugeleitet worden.

Frau Janßen stellt die Beschlussfähigkeit des Umweltausschusses fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet sie die Verwaltung zum aktuellen Beschluss im Landtag zum Thema Dichtheitsprüfung Stellung zu nehmen und erteilt Herrn Czichy das Wort.
Er legt dar, dass der § 61 a LWG mit seinen bisherigen Regelungen zum Thema komplett gestrichen und durch neue Regelungen in den §§ 53 und 61 LWG ersetzt wurde. Damit erfolgte zum einen eine Ermächtigung der obersten Wasserbehörde (MKULNV NRW), mit Zustimmung des Landtags eine Rechtsverordnung zu erlassen, in der zukünftig die Einzelheiten zur Dichtheitsprüfung bzw. Funktionsprüfung bei privaten Abwasserleitungen neu geregelt werden. Derzeit befindet sich diese Rechtsverordnung noch in der Abstimmung. Eine unmittelbare Verpflichtung zur Funktionsprüfung aus dem Landesrecht heraus soll nur noch für Gebäude in Wasserschutzgebieten definiert werden. Die Kommunen sind allerdings ermächtigt, in Ergänzung der Rechtsverordnung eigenständige Regelungen zu Fristen und Nachweispflichten zur Dichtheitsprüfung im Satzungsrecht zu treffen. Dabei ist zu beachten, dass Satzungen, die nach dem alten Recht erlassen wurden, bestehen bleiben können.

Da das geltende Satzungsrecht in Oberhausen erst für 2015 die erste Fristsetzung definiert, wird den Eigentümern seitens der Verwaltung derzeit empfohlen, abzuwarten, in welcher Form im Rahmen der politischen Beratung und Beschlussfassung an diesem Satzungsrecht im Verlaufe des Jahres 2013 Änderungen vorgenommen werden.

Davon unberührt bleibt es bei der grundsätzlichen Verpflichtung eines jeden Hausbesitzers, seine Abwasserleitungen intakt zu halten. Außerdem hält die Verwaltung bisher wie auch weiterhin daran fest, dass in Straßen, in denen der Abwasserkanal und der Straßenkörper erneuert werden, die Überprüfung und erforderlichenfalls Sanierung der Grundstücksanschlussleitungen erfolgt.
Die Vorsitzende dankt für die klarstellenden Erläuterungen und bittet, dies wegen der Verunsicherung der Hausbesitzer auch in die Öffentlichkeit hinein zu kommunizieren.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass im nichtöffentlichen Teil der TOP 2 – Biologische Station Westliches Ruhrgebiet e.V./ Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Jahr 2011 – entfällt, da der Rechnungsprüfungsausschuss zu diesem Thema noch nicht getagt hat.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

I. ÖFFENTLICHER TEIL

1. Bestimmung des Ausschussmitgliedes für die Berichterstattung im Rat

Berichterstatter im Rat ist Ulrich Real.

2. Luftreinhalteplan Ruhrgebiet 2011
Endbericht zur Umsetzung der Maßnahme OB.3 Potenzialanalyse Mülheimer Straße
Vorlage: M/15/2644-01

Die Vorsitzende begrüßt ganz herzlich Frau Janßen und Herrn Volpert von der LK ARGUS, die als Gutachter die Ergebnisse ihrer Potenzialstudie für die Mülheimer Straße vortragen. Die Präsentation, die der Niederschrift als Anlage im Ratsinformationssystem Allris auf der Homepage der Stadt beigefügt werden soll, beinhaltet Aufgabenstellung, Ausgangslage, Methodik und die Ergebnisse mehrerer, unterschiedlich restriktiver Maßnahmen und Maßnahmenkombinationen zur Senkung der Belastungen mit Feinstaub und Stickstoffdioxid in den relevantesten Straßenschlucht-Abschnitten der Mülheimer Straße. Die sichere Unterschreitung beider Grenzwerte kann aus Sicht des Planungsbüros nur durch die Reduzierung des Verkehrs um etwa ein Drittel von circa 40 000 auf 27 000 Fahrzeuge täglich erreicht werden, soweit nicht eine über alle Prognosen hinausgehende Steigerung des Elektrofahrzeug-Anteiles eintritt. Eine solche Reduzierung wäre auf der Mülheimer Straße insofern denkbar, als dass die Umfahrungen über die Autobahnen nur zu geringfügigen Fahrzeitverlängerungen führen. Dabei müssten natürlich in der weiteren Vorbereitung die Ausweichverkehre und deren Unterbindung detailliert untersucht werden. In einem visionären Szenario wird als weitergehender Schritt die Reduzierung auf etwa 22 000 KFZ pro Tag, was den Verzicht auf eine Spur je Richtung bzw. gesonderte Bus-/Radspuren und Umgestaltungen der Straße eventuell auch mit Begrünung ermöglichen würde.
Die Vorsitzende bedankt sich für die Präsentation und erwartet eine angeregte Diskussion zu den Darstellungen der Gutachter.

Aus Sicht von Herrn Emmerich kann die Methodik der Potentialanalyse nicht stimmig sein, wenn es Diskrepanzen zwischen errechneten und gemessenen NO_2-Werten gibt; auch die sich daraus ergebenen Konsequenzen können seiner Einschätzung nach nicht sicher sein. Herr Emmerich kann sich auch die Zunahme des Verkehrs auf der Mülheimer Straße von 30.000 auf 40.000 Fahrzeugen pro Tag in der Zeit von 2006-2012 nicht erklären. Die Zahl wird jedoch nochmals von Herrn Volpert als umfänglich und methodisch korrekt ermittelt und überprüft bestätigt. Die Diskrepanzen zwischen Mess- und Berechnungswerten können vom Gutachter in der Sitzung nicht im Detail erklärt werden, Herr Volpert weist aber darauf hin, dass hier zuverlässige Korrelationen bestehen und dies auch vom Landesumweltamt so angewendet wird.

Herr Vöpel bedankt sich bei Frau Janßen und Herrn Volpert und fragt nach dem Zeitrahmen, bis die Folgeuntersuchungen durchgeführt sein könnten und man die Umsetzungsmöglichkeiten tatsächlich beurteilen kann. Die an der Mülheimer Straße lebenden Bürger/innen können angesichts ihrer Belastung zurecht konkrete Aussagen und Schritte erwarten, die für ihn zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht erkennbar sind. Kurzfristig möglich und naheliegend ist aus seiner Sicht, dass man zunächst einmal die bestehenden Durchfahrverbote intensiver kontrolliert bzw. weitergehende LKW-Transit-Beschränkungen dann auch durchsetzt.

Für Herrn Nakot bestätigt sich wieder einmal die Einschätzung seiner Fraktion, dass das Setzen auf die Umweltzone falsch war und im Ergebnis dazu geführt hat, dass die Belastungen über Jahre länger geblieben sind als nötig. Auch findet er seine These bestätigt, dass die Verstetigung des Verkehrsflusses eine Schlüsselmaßnahme zur Verbesserung der Luftbelastung ist und dass Bemühungen dazu in Oberhausen jahrelang versäumt wurden.

Er spricht sich für ein 24-Stunden-LKW-Durchfahrverbot mit akzeptablen Lieferzeiten aus, das dann aber auch kontrolliert wird, ebenso wie für ein Zugehen auf die Betreiber der Software von Navigations-Systemen sowie dafür, die Realisierung der Vision jetzt zu beginnen und eine deutliche Verkehrsreduzierung anzugehen.

Herr Axt hält die Durchsetzung eines 24 - stündigen LKW-Fahrverbotes mit sehr frühen Hinweisen - auch auf den Autobahnen - für den richtigen ersten Schritt. Seine Fraktion will auch neue Logistik-Systeme mit Verlagerung der Waren auf kleinere Fahrzeuge in Verteil- und Umladungsstellen in die Betrachtung einbeziehen. Er betont, dass seine Fraktion die konsequente Umlenkung des Verkehrs um die etwa 50% Transitanteil und letztlich die vorgestellte Vision mit der Verkehrsreduzierung und der Begrünung der Straße für sich als klares Ziel definiert hat.

Frau Beigeordnete Lauxen wird den Wunsch der Politik aufgreifen, das LKW-Fahrverbot auf die rechtlich möglichen, also durchsetzbaren Varianten zu prüfen, da dies aus ihrer Sicht auf jeden Fall der erste Schritt ist. Gleichzeitig ist zu überlegen, wie die weiteren Überprüfungen insbesondere der Ausweichverkehre zeitnah ermöglicht werden können und welche integrierten Lösungen es gibt. Ein entsprechender Zeitplan wird der Politik vorgelegt.

Für Herrn Dittmeyer muss auch die Ausweitung des Fahrverbotes auf PKW geprüft werden.

Auf Nachfrage der Vorsitzenden stellt Herr Volpert fest, dass zum einen die Entwicklung der Fahrzeugtechnik in den Berechnungen berücksichtigt wurde und zum anderen, dass in den Spitzenzeiten zu viel Verkehr auf der Mülheimer Straße ist, als dass unter den gegebenen Querschnitten und Zu-/Abflüssen Verstetigungsmaßnahmen eine Lösung der Stauprobleme bewirken könnten.

Der Umweltausschuss nimmt die Drucksache M/15/2644-01 zur Kenntnis .

3. Lärmaktionsplan Oberhausen
Stand der Umsetzung
Vorlage: M/15/2645-01

Auf Nachfrage von Herrn Real erläutert Frau Rolf, dass die zweite Stufe der Lärmaktionsplanung mit neuen Kartierungen und Berechnungen auch für Strecken mit geringeren Fahrzeugbelastungen als die Hauptverkehrsstrecken zurzeit durchgeführt wird und bis Ende 2013 fertig gestellt sein soll. Sie weist darauf hin, dass die Datenlage von Seiten der Bahn AG bzw. vom Eisenbahnbundesamt nach wie vor problematisch ist.

Der Umweltausschuss nimmt die Drucksache M/15/2645-01 zur Kenntnis.

4. Klimaschutz in Oberhausen
Zwischenbericht zur Umsetzung der Ratsbeschlüsse und zu den weiteren Arbeitsschritten
Vorlage: M/15/2648-01

Herr Vöpel lobt den Bericht der Verwaltung als vorbildlich, weil hier die Punkte der Ratsaufträge

über einen längeren Zeitraum konsequent nachgehalten und die Sachstände, die Umsetzungserfolge und auch Hemmnisse der Umsetzung nachgehalten werden.

Der Umweltausschuss nimmt die Drucksache M/15/2648-01 zur Kenntnis .

5. Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE GRÜNEN: Beauftragung der Verwaltung mit einer Berichterstattung zu möglichen Varianten der zukünftigen Sperrmüllabfuhr in Oberhausen Vorlage: A/15/2597-01

Herr Vöpel begründet den in der letzten Sitzung angekündigten gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Grünen dahingehend, dass sich die Situation bei der Sperrmüllbereitstellung gerade im Hinblick auf die Elektroaltgeräte wegen der steigenden Rohstoffpreise weiter zugespitzt hat. Auch der Gesetzgeber hat dem inzwischen Rechnung getragen. Um die Belästigungen durch die Sammlerkolonnen einzudämmen und die Sauberkeit in den Straßen zu verbessern, sollen verschiedene Modelle vorgestellt werden.

Herr Axt hofft, dass positive Beispiele aus anderen Städten unter Berücksichtigung sozialer Aspekte für Oberhausen genutzt werden können.

Aus Sicht von Herrn Nakot ist es schade, dass erst eine Gesetzesänderung kommen muss, bevor die SPD-Fraktion über eine Änderung der bestehenden Systeme nachdenkt, er ist allerdings froh, dass endlich etwas passiert.

Herr Vöpel entgegnet, dass die bisher propagierten einfachen Abrufsysteme anderer Städte den professionellen Sperrmüllfledderern auch nicht den Boden entzogen haben. Gerade für die Elektrogeräte müsse man sich etwas Besseres einfallen lassen.

Mit einem Appell zur Nutzung der guten Ideen aller Beteiligten schließt die Vorsitzende die Beratung ab und stellt fest, dass der Umweltausschuss den Antrag A/15/2597-01 einstimmig beschlossen hat.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 16.10 Uhr

Vorsitzende
Anne Janßen

Schriftführerin
Sabina Scholz